

6. Kulturpolitische Jahrestagung

## Kulturpolitik im Welte(n)Wandel – Zusammenhalt und Teilhabe in einer vielfältigen Welt

20. – 21. April 2018 – Haus 1  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

---

### LAB 4

## Neue Wirklichkeit Kulturelle ArbeitsWelt(en): Zwischen Avantgarde und Prekariat

21.04.2018, 10.15- 11.45 Uhr

Gesprächspartner\_innen:

- **Katharina Beitz**, Assoziierte Forscherin am Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft
- **Tanja Dückers**, Journalistin und Schriftstellerin
- **Andreas Lübbers**, Dramaturg, Mitglied art but fair e.V.
- **Theresa Pommerenke**, Verein Libken e.V. Brandenburg
- **Burkhard Blienert**, Politikwissenschaftler und ehem. MdB

*Moderation:* **Stephan Behrmann**, Dramaturg, Theaterwissenschaftler und Autor

## **Kunstschaffende zwischen Avantgarde und Prekariat**

Der Moderator **Stephan Behrmann** leitete das LAB mit einem kurzen Impuls ein. Er betonte dabei zunächst die Relevanz von Künstler\_innen und reflektierte ihre Rolle in der Gesellschaft sowie ihr Potential, auf gesellschaftlichen Wandel zu reagieren. Darüber hinaus ging er auf die Effekte der Digitalisierung ein und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für Kunstschaffende. Diese zeigten sich insbesondere in neuen Formen der Arbeitswelten und der Organisation innerhalb der Kunstszene. Besonders die freie Szene falle dabei durch innovative Wege auf, ihre Arbeitswelt zu gestalten. Trotzdem stünden die Arbeits- und Lebensbedingungen von Kunstschaffenden oft konträr zu ihrer gesellschaftlichen Bedeutung.

## **Das versteckte Prekariat**

Die Gesprächsrunde wurde durch einen Beitrag von **Tanja Dückers** eröffnet. Sie ging auf die Arbeitsverhältnisse von Kunstschaffenden in Zeiten der Digitalisierung ein. Diese habe zwar durch neue Kommunikationswege den Handlungsspielraum von Kreativen erweitert, hinsichtlich der Erwartung aber, sie würde das unabhängigeren Arbeiten von selbständigen Kunstschaffenden und eine bessere Entlohnung ermöglichen, Ernüchterung zeigen. Die durch Digitalisierung entstandene Arbeitswelt sei von einem stetigen Wechsel von Selbständigkeit und Angestelltenverhältnis geprägt, der Kunstschaffende häufig in finanziell prekäre Situationen bringe. Erschwerend komme hinzu, dass aufgrund der hohen Präsenz und Relevanz der Künstler\_innen in der Öffentlichkeit

eine verzerrte Wahrnehmung ihrer Einkommenssituation entstehe. Die unsteten Arbeitsverhältnisse und das fehlende öffentliche Bewusstsein über die schlechte Entlohnung von Kunstschaffenden führe dazu, dass ein Großteil der kulturellen Avantgarde unbemerkt im Prekariat lebe, so Dückers.

## **Kreativwirtschaft und Digitalisierung**

In ihrem Beitrag ging **Katharina Beitz** vor allem auf die Kreativwirtschaft ein und betonte deren besonderes Potential in Zeiten von Automatisierungen und künstlicher Intelligenz.

So seien Kreative in der Lage, komplexe und komplizierte Sachverhalte zu erfassen und für die Öffentlichkeit verständlich aufzubereiten. Diese Kompetenz mache sie zu interessanten und unentbehrlichen Partnern in Unternehmen sowie in der Forschung. Denn es seien gerade die kreativen Tätigkeiten, die nicht durch Maschinen oder Automatisierungen ersetzt werden könnten, was die Bedeutung von Kunstschaffenden in der Gesellschaft nochmals erhöhe. Aus diesem Grunde sei es elementar wichtig, die Kreativwirtschaft mehr zu fördern und in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung als zukunftssträchtigen Wirtschaftszweig zu rücken, hob Beitz hervor. Für die Umsetzung dieses Vorhabens seien Kreativschaffende und Politik gleichermaßen gefragt.

## **Kulturförderung auf dem Land in Eigeninitiative: Libken e.V.**

Nach der Diskussion über die Perspektiven der Kreativwirtschaft im digitalen Zeitalter widmete sich die Diskussionsrunde dem

Entstehen neuer Arbeits- und Produktionsräume von Kulturschaffenden.

**Theresa Pommerenke** berichtete in diesem Zusammenhang von der Initiative Libken e.V. und der Notwendigkeit, aber auch den Schwierigkeiten, Kulturangebote auf dem Land zu ermöglichen und aufrechtzuerhalten. Libken e.V. ist ein Denk-, Produktions- und Lebensort für Künstler\_innen in der Uckermark. Der Verein schafft durch seine Kultur- und Bildungsarbeit ein vielfältiges Kulturprogramm, das sich sensibel mit dem regionalen Umfeld beschäftigt und lokalen Initiativen und Vereinen Räumlichkeiten zur Verfügung stellt. Mit dem Zuwachs, insbesondere auch junger Menschen, und der Schaffung einer kulturellen Infrastruktur rege Libken e.V. so das ländlich geprägte Umfeld in Brandenburg an, das sonst durch Abwanderung und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet ist.

Obwohl der Verein mit seiner Tätigkeit wichtige soziale und kulturelle Funktionen in der Region erfülle und zu einem bedeutenden Teil des sozialen Gefüges der Dorfgemeinschaft geworden sei, gäbe es keine staatliche Unterstützung oder Förderung, merkte Pommerenke kritisch an. Die Rahmenbedingungen seien katastrophal und kämen Selbstaubeute und prekären Lebensweisen gleich. Die Einnahmequellen des Vereins bestünden ausschließlich aus Spenden von privaten Initiativen, einzelnen Stipendien von Künstler\_innen oder privat verdientem Geld aus Nebentätigkeiten. Das Bestehen des Vereins hänge somit trotz der positiven Auswirkungen für die Gemeinschaft vom Engagement jedes Einzelnen ab. An diesem Beispiel zeige sich, dass ungeachtet des Nutzens der Kultur für die

Gesellschaft, Kulturschaffende oft in Eigeninitiative oder mit minimaler Förderung auskommen müssten.

### **Die Wahrnehmung der Funktion von Kunst und Kultur in der Gesellschaft**

Die unzureichende Unterstützung von Seiten der Politik leitete zum nächsten Gesprächspartner über, **Burkhard Blienert**, ehemaliger Bundestagsabgeordneter und Berichterstatter zum Thema „Soziale Lage von Kulturschaffenden“ der AG Medien und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion in der vergangenen Legislaturperiode.

Blienert verwies zunächst auf die enorme Bandbreite der Kreativszene, besonders der freien Kunstszene, die eine generelle Förderung erschwere. So müsse immer im Einzelfall geprüft werden, ob ein Projekt dem Allgemeinwohl diene oder nicht. Er betonte aber, dass man „weg müsse“ von einer Politik der Einzelfallprüfung und hin zu mehr konzeptbasierten Ansätzen, die langfristig eine kulturelle Infrastruktur schaffen würde. Des Weiteren müssten auch die sozialen Sicherungssysteme für Kreativschaffende ausgeweitet und der Zugang zu diesen vereinfacht werden. Diesen Wandel könne die Politik aber nicht alleine vorantreiben. Es brauche einen Wechsel des öffentlichen Diskurses über die Funktion und den Nutzen von Kreativität, Kunst und Kultur. In der Öffentlichkeit werde das Schaffen von Kunst immer noch zu stark als „eigen zu verantwortendes Risiko“ angesehen. Zu verankert sei die Vorstellung des „armen Poeten“, welches die schlechten Lebensbedingungen der Kreativschaffenden als gegeben erscheinen lasse.

## **Handlungsspielräume mit Interessenvertretungen vergrößern: Art but fair**

**Andreas Lübbers**, Dramaturg und Mitglied in „art but fair“, einer Interessenvertretung von Kreativschaffenden, die sich für faire Arbeitsbedingungen und angemessene Gagen in den darstellenden Künsten und der Musik einsetzt, konstatierte, dass sich die Politik ihrer Verantwortung in der Kulturförderung nicht entledigen könne. Die Politik müsse sich ihrer Rolle als Auftrags- und Impulsgeber in Kultur und Kulturförderung bewusst machen. Er verwies aber auch darauf, dass die öffentliche Debatte über den Nutzen von Kunst in der Gesellschaft zum Teil schwer greifbar sei.

So stimmte er Blienert zu, der dafür plädierte, dass es einen gesellschaftlichen Bewusstmachungsprozess brauche, um die Arbeitsverhältnisse in Kulturberufen zu verbessern. Interessenvertretungen, wie „art but fair“, würden versuchen diese Prozesse einzuleiten und zu begleiten, so Lübbers. Vor allem durch ihren Appellcharakter seien sie in der Lage, Handlungsspielräume in Debatten zu erweitern und Bewusstsein durch ihre Aktionen zu schaffen. Ein wichtiges Werkzeug der Interessenvertretungen, um öffentliche Debatten anzuregen, seien die sozialen Medien. Sie brächten einerseits einem breiten Publikum die prekären Arbeitsverhältnisse von Künstler\_innen näher und dienten andererseits der besseren Vernetzung der Interessenvertretungen untereinander.

Auch Lübbers bezog sich in seinem Beitrag auf das Bild des armen Poeten. Er problematisierte, dass diese Wahrnehmung von Künstler\_innen nicht nur eine Zu-

schreibung von außen sei, sondern häufig auch dem Selbstverständnis vieler Künstler\_innen entspreche. Dies führe dazu, dass sich diese oft viel zu wenig für die Verbesserung ihrer eigenen Arbeitsverhältnisse einsetzen würden.

## **Diskussion mit dem Publikum**

Eine zentrale Frage aus dem Publikum bezog sich auf die Möglichkeiten der Politik, die Bezahlung von Kulturschaffenden zu verbessern. In diesem Zusammenhang brachte Tanja Dückers die Forderung ein, dass der Staat - als bedeutender Auftraggeber - Honorare und Stipendien von Kunstschaffenden finanziell aufstocken solle. Dies würde nicht nur den Künstler\_innen direkt helfen, sondern auch eine Signalwirkung in der Öffentlichkeit haben. Des Weiteren müsse die Förderung von Künstler\_innen in den verschiedenen Bundesländern vereinheitlicht werden. Pommerehne schloss sich dem an und fügte hinzu, dass man wegkommen müsse von einer projektbezogenen, kurzfristigen Förderung. Stattdessen sollten Künstler\_innenbiographien sowie die Schaffung und Stärkung langfristiger Strukturen in den Vordergrund gerückt werden.

Ein weiterer Beitrag aus dem Publikum verwies auf die Notwendigkeit, die föderale Struktur der Kulturförderung zu reformieren. Blienert erläuterte, dass sich solche Reformen nur äußerst schwierig gestalten ließen und oft in politischen Grabenkämpfen auf der Strecke blieben. So gäbe es zwar groß angelegte Bundesprogramme, die länderübergreifend Kulturprojekte förderten, eine nachhaltige Reform einer föderalen Kulturförderung stünde aber noch aus. Ein erster Schritt in Richtung tiefgrei-

fender Reform wäre die Gründung einer Enquete-Kommission, die zunächst eine umfangreiche Erhebung zur Situation der Kulturlandschaft in Deutschland vornehmen müsse, so Blienerts Plädoyer. Die Befunde und Schlussfolgerungen der Kommission könnten dann die Basis einer Gesetzesreform bilden.

### **Ausblick**

Alle Gesprächspartner\_innen waren sich einig darüber, dass das größte Hindernis zur Beseitigung prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen von Kunstschaffenden in der öffentlichen Wahrnehmung läge. Letztere spiegelte weder die problematischen

Arbeitsverhältnisse, noch den Beitrag wider, den Kunstschaffende in der Gesellschaft leisteten. Gleichzeitig seien aber auch die Künstler\_innen selbst aufgefordert, sich stärker für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen, wenn sie eine Verbesserung ihrer Umstände erreichen wollen.

Darüber hinaus müsse die staatliche Förderung nicht nur gesteigert, sondern auch allgemein reformiert werden. Weg von kurzfristiger Projektförderung hin zu langfristigen Strukturen. Besonders auf dem Land, wo Kulturangebote weniger vorhanden seien, müsse eine Infrastruktur geschaffen werden, in der sich Kunst entfalten könne.

# Impressum

## **Herausgeber**

Forum Berlin ◦ Friedrich-Ebert-Stiftung  
Hiroshimastraße 17 ◦ 10785 Berlin

## **Verantwortlich**

Franziska Richter

## **Kontakt**

[franziska.richter@fes.de](mailto:franziska.richter@fes.de)

© 2018 Forum Berlin ◦ Friedrich-Ebert-Stiftung

*\* Der Inhalt des Beitrages enthält Meinungen der Redner\_innen der 6. Kulturpolitischen Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Diese sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der FES.*